

EINFLÜSSE DER RÄUMLICHEN UND SOZIALEN UMWELT AUF DAS INDIVIDUELLE VERHALTEN – BEITRÄGE DER SOZIALGEOGRAPHIE ZUR THEORIE DES MENSCHLICHEN HANDELNS*

Josef STEINBACH, Eichstätt

(Mit 4 Textabbildungen)

INHALT

1.	Problemstellung	13
2.	Räumliche Bezugseinheiten des individuellen Verhaltens	13
3.	Partizipations- und Nutzungschancen	15
4.	Modell des sozialbestimmten räumlichen Verhaltens	17
4.1.	Grundannahmen	17
4.2.	Modellstruktur	19
5.	Modell der gesellschaftlichen Prozesse zur Verteilung von regionalen Lebenschancen	20
5.1.	Normenproduktion	20
5.2.	Aktionsphase	22
5.3.	Reaktionsphase	24
6.	Empirische Forschungsfelder	25
	Literaturverzeichnis	27
	Summary, Résumé	28

Die vorliegende Arbeit enthält zunächst einige Überlegungen zu einer „übergreifenden Theorie des räumlichen Verhaltens“, die sich vielleicht zu einem kulturgeographischen „Grundansatz“ erweitern lassen. Dabei wird davon ausgegangen, daß verhaltensregelnde Einflüsse der raumzeitlichen Umweltbedingungen nicht isoliert von psychologischen, sozialen ökonomischen usw. Determinanten zu analysieren sind; es ist also ein in den verschiedenen Sozialwissenschaften begründeter interdisziplinärer Ansatz notwendig.

Im Rahmen eines solchen „Integrationsversuches“ werden zunächst Elemente der soziologischen Rollentheorie, der psychologischen bzw. sozialpsychologischen Bedürfnistheorie und der ökonomischen Theorie des Humankapitals mit geographischen Ansätzen, besonders aus dem Bereich der Raum-Zeit-Geographie und der sozialgeographischen Tradition im Sinne von H. BOBEK kombiniert, so daß sich schließlich die Grundstruktur eines „Modells des sozialbestimmten räumlichen Verhaltens“ ergibt.

* Hans Bobek zum 80. Geburtstag gewidmet.

Im zweiten Abschnitt der Arbeit stehen dann die gesellschaftlichen Prozesse im Mittelpunkt des Interesses, die zur Konstitution regionaler Lebenschancen beitragen und von deren Einflüssen die Randbedingungen für das Verhalten von Individuen und sozialen Gruppen weitgehend abhängen.

1. PROBLEMSTELLUNG

Die meisten sozialwissenschaftlichen Disziplinen verfügen gegenwärtig über theoretische Grundkonzepte, auch wenn diese zum Teil nur in Ansätzen vorliegen oder sich unter mehreren Alternativen noch keine eindeutig durchgesetzt hat. In der Kulturgeographie fehlt jedoch ein solcher „theoretischer Unterbau“ weitgehend, seitdem die „klassische“ Integrationsstufenlehre (H. BOBEK u. a. 1957, J. SCHMITHÜSEN u. a. 1959) unter dem Einfluß der metawissenschaftlichen Theorie aufgegeben werden mußte.

Die vorliegende Arbeit enthält zunächst einige Überlegungen zu einer „übergreifenden Theorie des räumlichen Verhaltens“, die sich vielleicht zu einem kulturgeographischen „Grundansatz“ erweitern lassen. Dabei wird davon ausgegangen, daß verhaltensregelnde Einflüsse der raumzeitlichen Umweltbedingungen nicht isoliert von psychologischen, sozialen, ökonomischen und anderen Determinanten zu analysieren sind. Es ist also ein in den verschiedenen Sozialwissenschaften begründeter interdisziplinärer Ansatz notwendig. Allerdings können Hypothesen und Theorien sozialwissenschaftlicher Nachbarwissenschaften in der Regel nicht einfach in einem solchen Ansatz übernommen werden, da ihnen andere (meist nicht räumliche) wissenschaftliche Perspektiven zugrunde liegen (siehe etwa die Gegenüberstellung von „geographischer“ und „soziologischer“ Imagination bei D. HARVEY 1970). Räumlich-geographische Hypothesen und Hypothesen anderer Sozialwissenschaften müssen also gleichsam „an ihrer Basis“ integriert werden, wie dies etwa in den ökonomischen Theorien der „Regionalwissenschaft“ zum Teil gelungen ist.

Im Rahmen eines solchen „Integrationsversuches“ werden zunächst Elemente der soziologischen Rollentheorie, der psychologischen bzw. sozialpsychologischen Bedürfnistheorie und der ökonomischen Theorie des Humankapitals mit geographischen Ansätzen, besonders aus dem Bereich der Raum-Zeit-Geographie und der sozialgeographischen Tradition im Sinne von H. BOBEK kombiniert, so daß sich schließlich die Grundstruktur eines „Modells des sozialbestimmten räumlichen Verhaltens“ ergibt.

Im zweiten Abschnitt der Arbeit stehen dann die gesellschaftlichen Prozesse im Mittelpunkt des Interesses, die zur Konstitution regionaler Lebenschancen beitragen und von deren Einflüssen die Randbedingungen für das Verhalten von Individuen und sozialen Gruppen weitgehend abhängen. Sie werden ebenfalls in einem theoretischen Modell abgebildet, das auf Hypothesen aus den Wissensbereichen der Soziologie, Politologie, politischen Ökonomie und der Regionalwissenschaft aufbaut.

Abschließend werden einige empirische Forschungsbereiche diskutiert, für welche die dargestellten theoretischen Ansätze als Grundlage dienen können. Sie sind in der Geographie bisher weitgehend unbeachtet geblieben.

2. RÄUMLICHE BEZUGSEINHEITEN DES INDIVIDUELLEN VERHALTENS

Wie erwähnt, fußt das „Modell des sozialbestimmten räumlichen Verhaltens“ auf Elementen der soziologischen Rollentheorie. Erkenntnisobjekte dieser Theorie sind bekanntlich „soziale Rollen“, die mit verpflichtendem Charakter an bestimmte soziale Funktionen geknüpft sind. „Vater“, „Sohn“, „Bauarbeiter“, „Student“ sind z. B. solche Rollen, denen jeweils zugeordnet

sind: 1. erforderliche Tätigkeiten, ohne deren Durchführung die Rolle nicht verwirklicht werden kann, 2. erlaubte Tätigkeiten als „Handlungsspielraum“, für den keine bindenden Regeln gelten, und 3. verbotene Tätigkeiten, die mit Sanktionen bestraft werden (J. H. FICHTINGER 1970).

Solche weitgehend akzeptierte und durch „Vollzugs-“ und „Gestaltungsnormen“ fixierte Rollen konstituieren nach den Grundannahmen der soziologischen Rollentheorie (T. PARSONS 1951) gemeinsam das soziale System einer Gesellschaft, in dem die komplexe Realität vielfältiger Erlebnis- und Handlungsmöglichkeiten auf eine überschaubare und kontrollierbare Zahl von Möglichkeiten reduziert wird. Wenn sich ein Individuum in das soziale System integrieren will, so muß es eine „Mitgliedsrolle“ übernehmen, d. h. es muß zur Erfüllung eines Komplexes mehr oder minder aufeinander bezogener sozialer Rollen von größerer sozialer Identität bereit sein.

Während nach T. PARSONS das „soziale System“ durch Stabilisierung und Konsolidierung von Erwartungen zu einem „gerechten“, von Partikularinteressen freien Wertsystem entsteht und die Schule des symbolischen Interaktionismus (G. H. MEAD 1968 u. a.) die Übernahme sozialer Rollen als Verhaltensstrategie zur psychischen Innenstabilisierung ansieht, stellt die gegenwärtige soziologische Rollentheorie, u. a. im Anschluß an die Kritik von R. DAHRENDORF (1955), den sozialen Konsens und die Existenz gesamtgesellschaftlicher Wertsysteme in Frage. Es wird angenommen, daß allseitig gültige soziale Normen durch die Ausübung von Macht zustande kommen und daß diese Normen privilegierten Gruppen der Gesellschaft bessere Chancen bezüglich der Befriedigung ihrer Bedürfnisse einräumen: „Die Chance zum rollenautonomen Verhalten bemißt sich nach dem Grad des Zugangs zu bzw. Ausschlusses von Herrschaftseinfluß ermöglichenden knappen Mitteln. Mit anderen Worten: Das Verhältnis von Konformitätsdruck und Autonomiespielraum hängt ab von der Position des Individuums in der Herrschaftshierarchie, und das heißt vom Verhältnis des Grades an Abhängigkeit von Gehorsam erzwingenden Fremdmitteln zum Grad der Unabhängigkeit durch Einfluß gewährende Eigenmittel. Die Dimension der sozialen Autonomie ist durch die Dimension der Herrschaft vermittelt.“ (M. SCHULTE-ALTEDORNEBURG, 1977 S. 44)

In allen Ansätzen der soziologischen Rollentheorie bleibt der räumliche Aspekt ausgeschlossen, ohne dessen Berücksichtigung das individuelle Verhalten nicht hinreichend zu erklären ist. Die Einführung eines räumlichen Bezugssystems erfolgt hier durch die Integration von zwei theoretischen Ansätzen: Erstens dem Konzept des „Behavior Settings“ von R. BARKER (1968) und zweitens dem Raum-Zeit-Modell von T. HÄGERSTRAND (1973 u. a.).

Im Konzept des „Behavior Settings“ wird der soziologische „unit act“, die Grundsituation des individuellen Handelns, im Hinblick auf die Einführung der räumlichen Perspektive konkretisiert. Im Sinne des Sozialpsychologen R. BARKER können Behavior Settings als räumliche Elemente individueller Handlungssysteme begriffen werden. Sie bilden Einheiten des menschlichen Lebensraumes, in denen Personen als Ausführende von komplementären sozialen Rollen (z. B. „eine Kundschaft als Verkäufer bedienen“ und „als Kunde Waren einkaufen“) und Elemente des Sachsystems (z. B. „Ausstattung eines Einzelhandelsgeschäftes“) kombiniert sind. Als Beispiele für „Behavior Settings“ können sowohl anthropogen gestaltete Raumelemente, wie Lebensmittelgeschäfte, Büros, Schulklassen, Sportplätze usw., als auch Raumelemente von natürlichen oder naturnahen Ökosystemen, von Agroökosystemen usw. genannt werden.

Die Vielzahl der in der Realität zu beobachtenden Behavior Settings ist nach Typen zu klassifizieren: zwei oder mehrere Behavior Settings gehören dem gleichen Typ an, wenn zwischen ihnen „Ausstattungs-elemente“ (komplementäre Rollen oder Sachen) ausgetauscht werden können, ohne daß sich deswegen ihre Funktionen verändern. Hier wird die oft weitgehende Unabhängigkeit der Behavior Settings vom Einfluß einzelner Individuen deutlich. Ihre Funktionen sind durch bestimmte Kombinationsformen von rollenbezogenen sozialen Normen

und „Elementen des anthropogenen und natürlichen Sachsystems“ „vorprogrammiert“; sie werden – durch Herrschaftsausübung – von verschiedenen sozialen „Autoritätsbereichen“ (staatliche Verwaltung, Wirtschaft, Interessensverbände und sonstige Vereine, Kirchen u. a.) festgelegt. Einzelne Individuen nehmen in den Behavior Settings ihre „Plätze“ ein und aktivieren hier soziale Rollen, die mehr oder minder große individuelle Handlungsspielräume gewähren. Aber die Strukturen der Behavior Settings sind vorgegeben und überdauern. Sie können nur längerfristig durch Innovationsprozesse, die oft aus sozialen Konflikten resultieren, verändert werden. Dementsprechend ist zu unterscheiden zwischen der Macht über Systeme von Behavior Settings, die von den genannten Autoritätsbereichen ausgeübt wird, und zwischen der Macht innerhalb von (Systemen von) Behavior Settings. Letztere wird von den „Autoritätsbereichen“ an bestimmte Positionen innerhalb von Behavior Settings delegiert. R. BARKER unterscheidet z. B. nach dem Ausmaß der „endogenen“ Einflußnahme auf die Funktionen eines Behavior Settings sechs Rangstufen von sozialen Rollen: alleinbestimmender Leiter, mitbestimmender Leiter, Mitarbeiter, Mitglied oder Kunde, Publikum oder Gäste, außenstehender Zuschauer.

Das „Beliebigkeitstheorem“ (B. WENDT 1978, H. CAROL 1946 u. a.) der modernen Geographie erlaubt die Festlegung von bestimmten Ausschnitten der Geosphäre nach sinnvollen Kriterien, die sich an den individuellen Forschungsabsichten orientieren. Dementsprechend bilden die Standorte von Behavior Settings bzw. von bestimmten Vergesellschaftungsformen von Behavior Settings die räumlichen Bezugseinheiten für das „Modell des sozialbestimmten räumlichen Verhaltens“.

3. PARTIZIPATIONS- UND NUTZUNGSSCHANCEN

Die Einflüsse der räumlichen Verbreitungsmuster von Behavior Settings auf das individuelle Verhalten können durch die Integration des Raum-Zeit-Modells von T. HÄGERSTRAND (1973 u. a.) erfaßt werden. Dabei ist davon auszugehen, daß die von einer Person in Ausübung der verschiedenen sozialen Rollen durchgeführten Tätigkeitenfolgen als „rhythmische Phänomene“ zu begreifen sind: sie wiederholen sich in bestimmter Kombination oder Abfolge und in bestimmten zeitlichen Intervallen und können daher im räumlich-zeitlichen Bezugssystem von T. HÄGERSTRAND als „Raum-Zeit-Pfade“ dargestellt werden. Ihr Verlauf wird bestimmt von den aufgesuchten Behavior Settings (als „Stationen“ im Sinn von T. HÄGERSTRAND) und ihren „Öffnungs- und Benutzungszeiten“ sowie von den Interaktionszeiten zwischen den Standorten der Behavior Settings, die sich bei Inanspruchnahme der verfügbaren Systeme des öffentlichen und des Individualverkehrs ergeben.

Es können nun für den Wohnstandort eines betrachteten Individuums die möglichen Rollen- bzw. Aktivitätenkombinationen festgestellt werden, die als „Optionen“ offenstehen. Dabei ist davon auszugehen, daß die Struktur des Aktivitätenprogramms einer Person entscheidend von vorrangigen Rollen bzw. Tätigkeiten bestimmt wird, die in hohem Maß an bestimmte Standorte und an bestimmte Tageszeiten gebunden sind. Es handelt sich dabei einerseits um Tätigkeiten zur Befriedigung der biologisch-physiologischen Grundbedürfnisse (wie z. B. „Schlafen“), die vorwiegend in der Wohnung durchgeführt werden, andererseits um Tätigkeiten der sozialen „Schlüsselrolle“, die in unserer Kultur dem Berufs- oder Ausbildungsbereich zugeordnet sind. Sie werden in Behavior Settings ausgeübt, deren Standorte in der Regel vom Wohnstandort mehr oder minder weit entfernt sind.

Von der zeitlichen Dauer dieser vorrangigen Tätigkeiten sowie von der Erreichbarkeit der entsprechenden Behavior Settings (Wohn-, Arbeitsstätten usw.) hängt die Größe der „Zeitfenster“ ab, die für andere Aktivitäten (etwa im Freizeitbereich) verbleiben. Berücksichtigt man

zusätzlich zur zeitlichen auch die räumliche Dimension, so ergibt sich (innerhalb eines dreidimensionalen Koordinatensystems) ein „Raum-Zeit-Prisma“, innerhalb dessen Grenzen die Standorte derjenigen Behavior Settings für das Aktivitätenprogramm liegen, die in der „freien“ Zeit zwischen den „fixen“ Aktivitäten (bzw. ihren Behavior Settings) beansprucht werden können. Ebenso können im „Raum-Zeit-Prisma“ die Möglichkeiten zur „Koppelung“ (Hintereinanderschaltung) von Aktivitäten (aufgrund der „Benutzungszeiten“ der Behavior Settings und der Zeitaufwände für die Interaktionen zwischen ihren Standorten) dargestellt werden.

Die in den Modellen der HÄGERSTRAND-Schule abgebildeten „Erreichbarkeits- und Koppelungsbedingungen“ stellen wesentliche Einflußgrößen der Partizipations- und Nutzungschancen bezüglich der Behavior Settings im räumlichen Einzugsbereich eines Wohnstandortes dar. Sie bestimmen diese Chancen gemeinsam mit den anderen Zutrittsbedingungen, die – wie dargestellt – von den verschiedenen „Autoritätsbereichen“ als soziale Normen festgelegt werden, etwa in Form von für die Partizipation erforderlichen Inputfaktoren wie Qualifikation, eigentumsrechtlichen Bedingungen, Eintrittspreise etc. Dabei spielt in Autoritätsbereichen, denen marktwirtschaftliche Organisationsformen zugrunde liegen, das Konkurrenzprinzip eine wesentliche Rolle.

Die (aus Erreichbarkeits-, Koppelungs- und Zutrittsbestimmungen resultierenden) Chancen zur Partizipation an den verschiedenen Typen von Behavior Settings im Wohnumfeld konstituieren gemeinsam den standörtlichen Handlungsspielraum, den eine Person an einem bestimmten Wohnstandort zur Befriedigung ihrer individuellen Bedürfnisse in Anspruch nehmen kann. Hier werden nicht nur die Randbedingungen für die sozialen Rollen des gegenwärtigen Lebensabschnittes festgelegt, sondern (im Falle des Verbleibs auf dem Wohnstandort) auch die Aufstiegsmöglichkeiten im sozialen System, also die Chancen zum Wechsel der „Schlüsselrolle“. Standörtliche Handlungsspielräume sind somit räumliche Repräsentationsformen der Herrschaft von „Autoritätsbereichen“ und dementsprechend sehr ungleich über die verschiedenen sozialen Gruppen einer Gesellschaft bzw. über die verschiedenen Standorte einer Region verteilt.

Dies bestätigen etwa die Ergebnisse einer Bewertung der „regionalen Versorgungsqualität“ (mit Dienstleistungen der mittleren zentralörtlichen Versorgungsstufe) im österreichischen Bundesland Kärnten (J. STEINBACH 1980b, 1983; G. PALME, J. STEINBACH 1978). Dabei erfolgt die Abbildung der entsprechenden standörtlichen Handlungsspielräume durch zwei Kategorien von Indikatoren, die mit Hilfe von regionalwissenschaftlichen Interaktionsmodellen errechnet wurden:

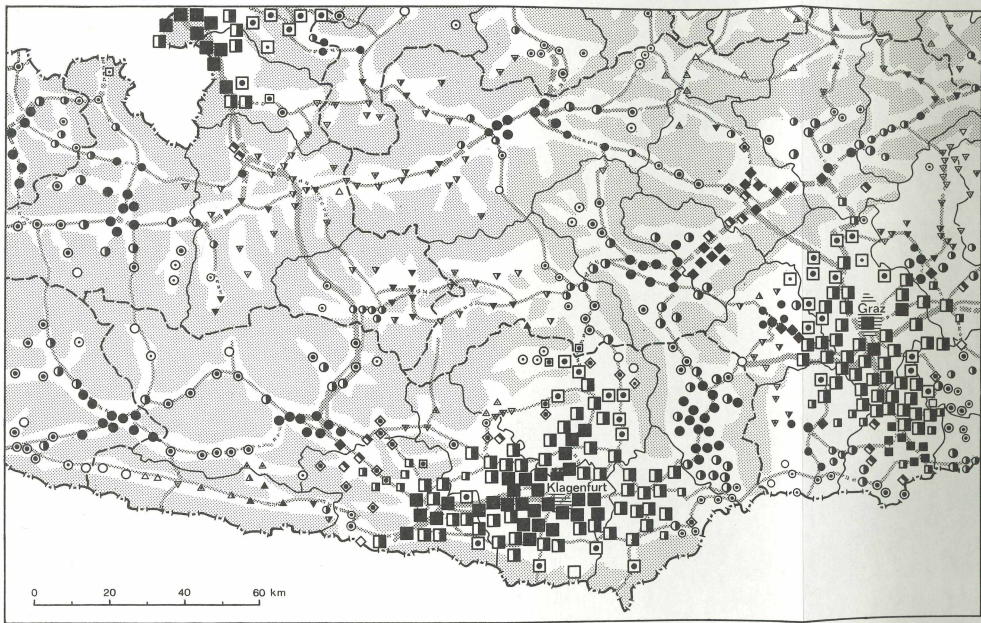
1. Ausstattungserwartungswerte bemessen für die einzelnen Beobachtungseinheiten (Gemeinden bzw. Gemeindeteile) die Vielfalt des Versorgungsangebotes, das über das Straßenverkehrssystem (hier: unter Berücksichtigung der mittelfristig geplanten Ausbaumaßnahmen des Autobahn-, Schnell- und Bundesstraßennetzes) erreicht werden kann;

2. Distanzerwartungswerte geben die dafür zu leistenden Fahrzeitaufwände an.

In Abbildung 1 sind die Untersuchungseinheiten verschiedenen Klassen nach der Ausprägung dieser beiden Kennzahlen zugeordnet, wobei sich für Gemeinden mit hoher Versorgungsqualität und geringem Versorgungsaufwand der günstigste und für Gemeinden mit geringer Versorgungsqualität und großem Versorgungsaufwand der ungünstigste standörtliche Handlungsspielraum ergibt.

Die Beiträge der verschiedenen Abschnitte des Straßennetzes (als „Vermittler“ von Partizipations- und Nutzungschancen) zu den standörtlichen Handlungsspielräumen der Gemeinden sind in Abbildung 2 dargestellt. Auch hier werden zwei Kennzahlen kombiniert und zwar:

1. „Nutzungswahrscheinlichkeiten“, zur Bewertung der relativen Bedeutung der Straßenab-



Kennzahl des regionalen Versorgungsangebotes		Kennzahl des regionalen Versorgungsaufwandes					
Versorgungsangebot an Zentren der „Mittleren Versorgungstufe“ von	Entsprechender Wert der Versorgungszahl	Klassen der Gemeinden (Gemeindeteil) nach der Versorgungszahl	Klassen der Gemeinden nach der durchschnittlichen Fahrzeit im Individualverkehr je Fahrt zur Inanspruchnahme von Dienstleistungseinrichtungen				
			Fahrzeit in Minuten				
			unter 15	15–25	25–35	35–45	über 45
schwach ausgestatteten Zentren der Mittleren Stufe	100	100	▲	▲	▲	▲	▲
mäßig ausgestatteten Zentren der Mittleren Stufe	115	über 100–115	▼	▼	▼	▼	▼
		über 115–130	●	●	●	●	●
sehr gut bis gut ausgestatteten Zentren der Mittleren Stufe	145	über 130–145	⊙	⊙	⊙	⊙	⊙
„Viertelhauptstädten“	160	über 145–160	◆	◆	◆	◆	◆
Landeshauptstädten	175	über 160–175	■	■	■	■	■
		über 175	■	■	■	■	■

STRASSENNETZ:



Abbildung 1: Typen der Gemeinden (Gemeindeteile) nach Versorgungsangebot und Versorgungsaufwand.

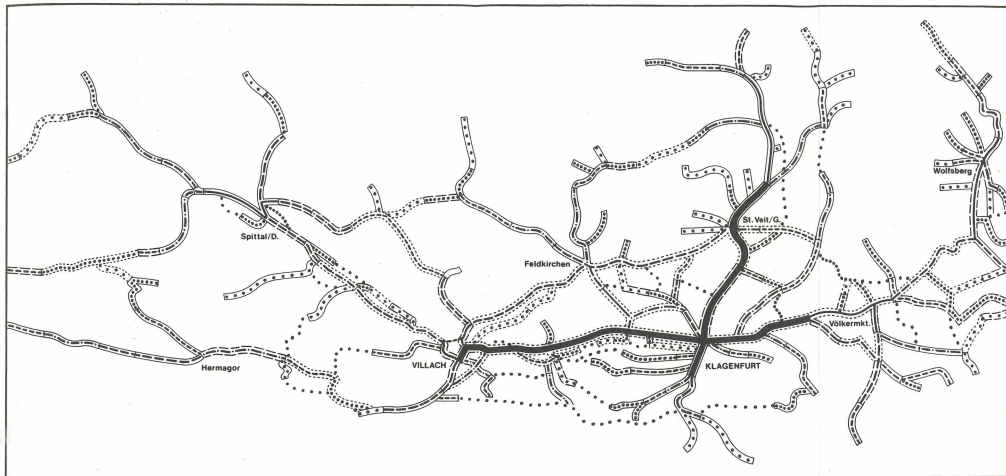


Abbildung 2: („Hypothetische“) Zahl der Straßenbenutzer und Nutzungswahrscheinlichkeiten der Straßenabschnitte in Kärnten und Osttirol, bezogen auf Interaktionen zu den regionalen Versorgungszentren.

Nutzungs- wahrscheinlichkeit	Anzahl der „hypothetischen“ Straßenbenutzer						
	unter 1000	1000 - 2000	2000 - 4000	4000 - 6000	6000 - 10000	10000 - 20000	über 20000
unter 0,3	***	*****	-----	-----	-----	-----	-----
0,3 - 0,5	***	*****	-----	-----	-----	-----	-----
0,5 - 0,7	***	*****	-----	-----	-----	-----	-----
über 0,7	***	*****	-----	-----	-----	-----	-----

schnitte. Ihre Aussage lautet: „Von 100 Fahrten, die ein Einwohner im Einzugsbereich eines Straßenabschnittes zu Versorgungszwecken unternimmt, verläuft eine Teilmenge von n Fahrten über den betrachteten Straßenabschnitt.“

2. „Hypothetische Straßenbenutzer“, zur Bewertung der absoluten Bedeutung der Straßenabschnitte. Diese Kennzahl bezieht sich auf die Einwohner der von den Straßenabschnitten erschlossenen Wohnstandorte als hypothetische Straßenbenutzer (für Versorgungsinteraktionen).

Es ergeben sich somit Klassen der Straßenabschnitte nach ihrer relativen und absoluten Bedeutung bezüglich der Vermittlung von „regionaler Versorgungsqualität“.

4. MODELL DES SOZIALBESTIMMTEN RÄUMLICHEN VERHALTENS

Der bisher dargestellte Ansatz wird nun durch Elemente der psychologischen Bedürfnistheorie sowie der ökonomischen Theorie des Humankapitals zum „Modell des sozialbestimmten räumlichen Verhaltens“ erweitert. Dieses soll den Einfluß des „ständörtlichen Handlungsspielraumes“ auf die individuelle Lebensgestaltung abbilden. Es können hier allerdings nur die Grundzüge des Modells dargestellt werden (siehe J. STEINBACH 1980a).

4.1. Grundannahmen

Nach den Annahmen der psychologischen „Bedürfnistheorie“ bilden „energetische“ und „situative“ Motivationsfaktoren die „Antriebskräfte“ des individuellen Handelns. Energetische Motivationsfaktoren sind biologisch vererbte oder im Sozialisationsprozeß erlernte Grundbedürfnisse (siehe etwa die grundlegenden Bedürfniskategorien nach A. MANSLOW 1954), situative Motivationsfaktoren werden als Handlungseinflüsse der unmittelbaren sozialen Umwelt verstanden, wobei dem Prozeß der „antizipatorischen Sozialisation“ (R. K. MERTON 1957) größere Bedeutung beigemessen wird, d. h. der Orientierung des individuellen Verhaltens am Vorbild sozialer Bezugsgruppen.

Energetische und situative Motivationsfaktoren bewirken gemeinsam, daß bestehende Bedürfnisse nach einer bestimmten „Sättigungszeit“ wieder akut werden und gleichzeitig – in mehr oder minder großem Ausmaß – neue Bedürfnisse bewußt werden können. Daher entstehen einerseits die für die Ausübung sozialer Rollen charakteristischen Tätigkeitszyklen, zum anderen wird daher auch versucht, das Tätigkeitsprogramm durch den Wechsel sozialer Rollen zu verändern.

Die Tätigkeitssysteme der sozialen Mitgliedsrolle (als das zu einem bestimmten Zeitpunkt ausgeübte „Rollenbündel“) sind als Produktionsprozesse zu begreifen, die in Behavior Settings ablaufen und in deren Rahmen die „Produktion“ bzw. der Austausch von Sach- und Humankapital erfolgt. Unter „Sachkapital“ werden die einer Person zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel verstanden, sowie alle Güter und Sachen, die sie besitzt bzw. die ganz oder teilweise in ihrer Verfügungsgewalt stehen. „Humankapital“ ist eine Menge persönlicher Eigenschaften, und zwar Eigenschaften, von denen die Arten der sozialen Rollen einer Person abhängen sowie Eigenschaften, die sich auf die Leistungsintensität bei der Ausführung einer Rolle beziehen.

Im Rahmen der Ausführung des Tätigkeitsprogrammes der sozialen Mitgliedsrolle erfolgen die „Produktion“ von Sach- und Humankapital sowie eine Anzahl von „Kapitaltransformationen“ und zwar „interpersonal“ zwischen ausführenden verschiedener komplementärer Rollen sowie „intrapersonal“ zwischen den verschiedenen in der sozialen Mitgliedsrolle einer Person enthaltenen Rollen. Sachkapital und Humankapital werden gemeinsam mit dem Faktor „Zeit“ in bestimmten Mengenverhältnissen in rollenspezifische Tätigkeiten investiert. Als Pro-

dukte dieser Tätigkeiten ergeben sich Gefühle (etwa „Glücksempfindungen“), die sich auf die stimulierenden Bedürfnisse beziehen, sowie neue Bestände an Sach- und Humankapital, die gleichsam als „Zwischenprodukte“ dann wieder in andere rollenspezifische Tätigkeiten investiert werden. Somit bilden Outputs bestimmter Rollen der sozialen Mitgliedsrolle als Inputs die Voraussetzungen für die Durchführung von bestimmten anderen sozialen Rollen. Solche intrapersonalen Transaktionen von Sach- und Humankapital finden besonders zwischen der Schlüsselrolle und den verschiedenen Folgerollen statt. Outputs der Schlüsselrolle (Geld, wirtschaftlicher oder politischer Einfluß u. a.) werden in den Folgerollen zur unmittelbaren Befriedigung von Bedürfnissen verwendet. Andererseits bilden aber auch Outputs der Folgerollen, besonders an Humankapital (Gesundheit, Motivationen u. a.) zum Teil unabdingbare Voraussetzungen zur Durchführung der Schlüsselrolle.

Die sozialen Rollen einer Mitgliedsrolle konstituieren also in ihrer Gesamtheit ein auf Wechselwirkung beruhendes dynamisches System, das auf die Akkumulation von Sach- und Humankapital zur Befriedigung der individuellen Bedürfnisse ausgerichtet ist.

Dieses System wird besonders von denjenigen Beständen an Sach- und Humankapital gesteuert, denen die Funktionen von fixen Inputfaktoren zukommt. Als fixe Inputfaktoren werden bekanntlich in der mikroökonomischen Terminologie diejenigen Einsatzmengen in den Produktionsprozeß bezeichnet, die für eine bestimmte Produktionszeit vorgegeben sind und innerhalb dieser Periode nicht mehr an die Ausbringungsmenge angepaßt werden können. Die Entscheidung über diese Faktoren erstrecken sich über mehr als eine Produktionsperiode. Solche fixe Inputfaktoren aus Humankapital sind persönliche Eigenschaften (wie etwa berufliche und sonstige Fertigkeiten, Motivationen und Werthaltungen, Intellekt und andere biologische Eigenschaften, Macht u. a.), die Voraussetzungen zur Ausführung sozialer Rollen bilden. So sind etwa Fertigkeiten, die im Rahmen der beruflichen Ausbildung erworben werden, fixe Inputfaktoren der Schlüsselrollen für die folgenden Lebensabschnitte (ihre Anwendung wird durch Zeugnisse oder Befugnisse legitimiert).

Als wichtige fixe Inputfaktoren der Kategorie „Sachkapital“ können genannt werden: technische Geräte, besonders Kraftfahrzeuge, Kühlschränke, TV-Geräte usw., die Wohnung mit ihren Ausstattungselementen und schließlich – als für das individuelle Verhalten wesentlichster fixer Inputfaktor – der „standörtliche Handlungsspielraum“ des Wohnstandortes.

Zur Erhaltung bzw. zur Vermehrung der fixen Inputfaktoren beider Kategorien sind ständige Re- und Nettoinvestitionen notwendig und zwar an variablen Inputfaktoren aus Sachkapital (das ist vor allem Einkommen aus Arbeit bzw. aus Transferzahlungen) sowie an variablen Inputfaktoren aus Humankapital (das sind vor allem „Leistungseinheiten an Handlungsenergie“ sowie die Einsatzmenge „Zeit“).

Dabei hängt von den geleisteten Reinvestitionen die Funktionsfähigkeit der bestehenden fixen Inputfaktoren ab. Unzureichende Reinvestitionen führen zum Verfall von fixen Inputfaktoren (z. B. zum Verlust von Fertigkeiten durch ihr mangelndes Training, zu gesundheitlichen Schäden infolge fehlender medizinischer Versorgung, zum Verfall von Gebäuden bei fehlenden Instandsetzungsmaßnahmen u. a. m.) und in weiterer Folge zu einem noch geringeren Output variabler Investitionsmittel als „Reinvestitionskapital“ usw. Somit initiieren unzureichende Reinvestitionen „kumulative Verfallsprozesse“ von Sach- und Humankapital. Hingegen bewirken Nettoinvestitionen an variablen Inputfaktoren den „Aufbau“ zusätzlicher fixer Inputfaktoren und initiieren dementsprechend „kumulative Wachstumsprozesse“.

Die zentrale Einflußgröße dieser Prozesse zur Befriedigung individueller Bedürfnisse bildet der fixe Inputfaktor des „standörtlichen Handlungsspielraumes“: mit der Lokalisation an einem bestimmten Wohnstandort können die verschiedenen Partizipationschancen der Behavior Settings im Wohnumfeld genutzt werden, die – wie dargestellt – von Zutritts-, Erreichbar-

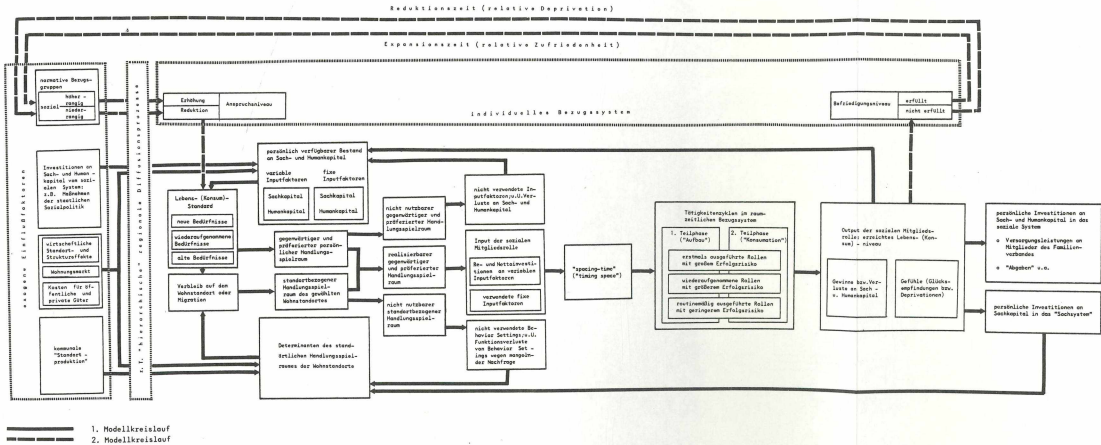


Abbildung 3: Struktur des theoretischen Modells des sozialbestimmten räumlichen Verhaltens.

keits- und Koppelungsbedingungen abhängen. Wenn die Chancen zur Partizipation an bestimmten Typen von Behavior Settings nicht hinreichend gegeben sind, so führt dies zu wesentlichen Störungen im dynamischen System der „inter-“ und „intrapersonalen“ Produktions- und Austauschprozesse von Human- und Sachkapital und somit zum kumulativen Verfall persönlicher Ressourcen. Solche Prozesse des physischen, psychischen und sozialen „Verfalls“ der Wohnbevölkerung in Abhängigkeit und Wechselwirkung mit dem Verfall von Behavior Settings im Wohnumfeld können etwa in den Slumgebieten von Großstädten beobachtet werden (siehe etwa die Strukturmerkmale von „slums of despair“ bei C. J. STOKES 1962).

4.2. Modellstruktur

In Abbildung 3 wird Struktur des „Modells des sozialbestimmten räumlichen Verhaltens“ dargestellt. Sie ist durch zwei „hintereinandergeschaltete“ Modellkreisläufe gekennzeichnet:

Eine Phase des ersten Modellkreislafes bildet (für ein untersuchtes Individuum) die Durchführung der Tätigkeitszyklen einer sozialen Mitgliedsrolle innerhalb eines bestimmten Lebensabschnitts ab. Als Steuergröße dient dabei ein in der Vorphase des zweiten Modellkreislafes erzeugtes Anspruchsniveau, das u. a. auch die Ansprüche an den standörtlichen Handlungsspielraum des Wohnstandortes enthält. Zunächst wird aufgrund des Anspruchsniveaus, den am gegenwärtigen Wohnstandort gegebenen Partizipations- und Nutzungschancen, den verfügbaren finanziellen Ressourcen und den Bedingungen des Wohnungsmarktes die Entscheidung bezüglich des zukünftigen Wohnstandortes (Verbleib oder Migration) getroffen. Ist diese gefallen, so liegt der Handlungsspielraum für diese Modellphase fest:

1. Eine bestimmte Menge von sozialen Rollen kann unter Umständen wegen der fehlenden Partizipations- und Nutzungschancen an entsprechenden Behavior Settings nicht ausgeführt werden; es kommt somit zum Verfall von fixen Inputfaktoren an Sach- und Humankapital, für die keine Verwendungsmöglichkeiten bestehen oder für deren Erhalt keine Reinvestitionen mehr getätigt werden können.

2. Andererseits ist es auch möglich, daß bestimmte, am Wohnstandort gegebene Partizipationschancen nicht genutzt werden können, da dem betrachteten Individuum die hierfür notwendigen Inputfaktoren (Sach- und Humankapital) fehlen. Dies kann zum Verfall der entsprechenden Behavior Settings beitragen, die aus Mangel an Nachfrage sukzessive aufgegeben werden.

3. Aus der Schnittmenge (persönliche Ressourcen / standörtliche Partizipations- und Nutzungschancen) des „realisierbaren Handlungsspielraumes“ ergeben sich die sozialen Schlüssel- und Folgerollen für die betrachtete Modellphase, die entsprechende Zuordnung von fixen und variablen Inputfaktoren sowie die raumzeitliche Organisation der entsprechenden Aktivitätsmuster („spacing time“ und „timing space“ nach D. N. PARKES und M. THRIFT 1975).

Mit der Durchführung dieser wechselseitig verknüpften Tätigkeitszyklen kommt es im Verlauf der Modellphase zum kumulativen Wachstum oder zum kumulativen Verfall der persönlichen Ressourcen an Sach- und Humankapital, gleichzeitig ergeben sich aus dem Vergleich des erreichten Lebens-(Konsum-)niveaus mit den zu Beginn der Phase gestellten Ansprüchen Gefühle (Zufriedenheit und Glücksempfindungen bzw. Deprivationen), die dem Ausmaß der erzielten Befriedigung entsprechen.

Dieses bildet einen Output des ersten und einen Input in den zweiten Modellkreislaf, der sich auf die Veränderung des Anspruchsniveaus bezieht. Wenn in der vorhergehenden Phase des ersten Modellkreislafes das angestrebte Anspruchsniveau erreicht wurde, so kommt es nach einer Zeitspanne der „relativen Zufriedenheit“ aufgrund des Einflusses der inneren Motivationsfaktoren zum sukzessiven Aufbau von neuen „Bedürfnisspannungen“, z. T. bedingt

durch die Orientierung des eigenen Verhaltens an anderen (sozial höherrangigen) normativen Bezugsgruppen. Nach Ablauf dieser „Expansionszeit“ hat sich ein neues Anspruchsniveau gebildet, das dann wieder in eine folgende Phase des ersten Modellkreislaufes eingeht. Im Falle des Mißlingens aller Versuche, die Ziele des Anspruchsniveaus zu erreichen, bewirken die daraus resultierenden „kognitiven Dissonanzen“ einen allmählichen Abbau des Anspruchsniveaus. Nach einer entsprechenden „Reduktionszeit“ konstituiert sich (z. T. durch die Orientierung an sozial niedrigrangigeren Bezugsgruppen) ebenfalls ein neues Anspruchsniveau, das dann wieder einer folgenden Phase des ersten Modellkreislaufes zugrunde liegt.

Somit vollziehen sich soziale Auf- oder Abstiege, bzw. das kumulative Wachstum oder der kumulative Verfall persönlicher Ressourcen über mehrere hintereinandergeschaltete Phasen der beiden Modellkreisläufe, wobei den am Wohnstandort gebotenen regionalen Lebenschancen wesentliche Steuerungsfunktionen zukommen.

5. MODELL DER GESELLSCHAFTLICHEN PROZESSE ZUR VERTEILUNG VON REGIONALEN LEBENSCHANCEN

Über standörtliche Handlungsspielräume, als durch Herrschaftsausübung von „Autoritätsbereichen“ festgelegte Randbedingungen des individuellen Verhaltens, werden also an verschiedene Gruppen der Gesellschaft unterschiedliche Lebenschancen vermittelt. Die Handlungsspielräume sind daher Gegenstand sozialer Konflikte und dementsprechend ständigen Veränderungen unterworfen: Veränderungen der Strukturen standörtlicher Handlungsspielräume, bzw. ihrer Verteilung über die verschiedenen sozialen Gruppen bilden wesentliche Voraussetzungen für Prozesse des „sozialen Wandels“.

Das in Abbildung 4 dargestellte Diagramm soll (in sehr generalisierter Form) den Ablauf der gesellschaftlichen Prozesse veranschaulichen, die den Wandel dieser funktionalen Raumstrukturen bedingen.

Dabei werden drei Phasen unterschieden: erstens die „Produktion von Normen“, zweitens die „Aktionsphase“ und drittens die „Reaktionsphase“.

In der Realität laufen die in diesen drei Phasen zusammengefaßten sozialen Prozesse zum großen Teil simultan ab. Sie sind hier der besseren Übersichtlichkeit wegen getrennt dargestellt.

5.1. Normenproduktion

In der ersten Phase der „Normenproduktion“ legen „soziale Autoritätsbereiche“ als Träger der wesentlichen Herrschaftsfunktionen mehr oder weniger verbindliche soziale Normen fest. Bei diesen Autoritätsbereichen handelt es sich vor allem um die zentralen Entscheidungseinheiten des politischen Systems und der Wirtschaft sowie um sonstige, durch die besondere Verfügbarkeit über Sach- und Humankapital privilegierte Gruppen der Gesellschaft. Den Rahmen für die Produktion der sozialen Normen bilden übergeordnete kulturelle Paradigmata, als historisch tradierte, oft von ihren ursprünglichen Herrschaftsbezügen weitgehend abgelöste Verhaltensregeln, die meist nur gegen den Widerstand vieler Bevölkerungsgruppen zu modifizieren sind (M. SCHULTE-ALTEDORNEBURG 1977).

Bei den von Autoritätsbereichen produzierten sozialen Normen können drei Kategorien unterschieden werden: Zur ersten Kategorie gehören die „allgemeinen“, d. h. nicht unmittelbar raumbezogenen Normen. Die zweite Kategorie besteht aus Typen von Behavior Settings. Diese werden – wie schon dargestellt – durch die Zuordnung von handlungsbezogenen Normen zu aktivierbaren Eigenschaften von Gütern und Sachen (K. J. LANCASTER 1971) definiert, so daß sich räumliche Grundeinheiten für die verschiedenen sozialen Handlungssituationen ergeben. Die dritte Kategorie bezieht sich auf Standorttypen. Die Gestaltung der Behavior-Setting-

Typen hängt nämlich wesentlich von den Strukturmerkmalen verschiedener „Standorttypen“ ab, die vor allem von den Verwaltungen der Gebietskörperschaften (Bund, Land, Gemeinde) im Auftrag der regierenden Politiker entwickelt werden. Hier werden Kommunikations- und Versorgungssysteme der technischen Infrastruktur (besonders Systeme des öffentlichen und des Individualverkehrs) mit aus rechtlichen Normen gebildeten „Barriersystemen“ kombiniert, die Standorten (Grundstücke mit charakteristischen naturräumlichen Ausstattungsmerkmalen) bestimmte Nutzungsarten zuweisen und einander störende Nutzungen ausschließen sollen (D. BÖKEMANN 1982). Jeder dieser Standorttypen verfügt somit über ein bestimmtes „Nutzungspotential“, d. h. er ist für die Errichtung bestimmter Behavior-Setting-Typen geeignet.

In einer nächsten Stufe des Prozesses der Normenproduktion werden von den verschiedenen Autoritätsbereichen die „Tätigkeitenprogramme“ von Behavior-Setting-Typen aufeinander abgestimmt und Grundstrukturen von raum-zeitlichen „sozialen Organisationen“ geschaffen. Solche Organisationen sind vor allem durch standardisierte Interaktions- und Kommunikationsabläufe gekennzeichnet. Zwischen den integrierten Behavior Settings bestehen vorgegebene Kommunikationswege und Kommunikationsbarrieren, die oft in den „gesetzten“ Ordnungen der Organisationen festgelegt sind. Diese Ordnungen weisen auch den Inhabern von bestimmten (Positions-)Rollen in den Behavior Settings Befehlsgewalt und Sanktionsmöglichkeiten zu, die sich entweder nur auf das eigene Behavior Setting beziehen, oder auf mehrere (bzw. alle) Behavior Settings der Organisation. Weiters können die Organisationsstrukturen so angelegt sein, daß die Möglichkeit zur Selbsttransformation besteht, d. h. die Entscheidungsinstanzen einer Organisation können diese (in gewissem Rahmen) an geänderte Umweltbedingungen anpassen (G. SINGER 1976).

Im Verlauf dieses Prozesses der Normenproduktion werden Grundstrukturen für Organisationen der öffentlichen Verwaltung, für politische Parteien, für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen usw. entwickelt. Die meisten Organisationen hängen hinsichtlich ihrer Grundstrukturen auch mehr oder minder von den Ordnungen anderer „komplementärer“ Organisationen ab.

Zum Beispiel müssen die Funktionen der sozialen Organisation „Haushalt“ wesentlich angepaßt werden an die Ordnungen a) wirtschaftlicher Organisationen, die als „Arbeitgeber“ fungieren (Anforderungen an Ausbildung und Qualifikation, berufliche „Aufstiegsbahnen“, Regelungen bezüglich der täglichen Arbeitszeit und des Urlaubs u. a.), b) des Schulwesens (allgemeine Schulpflicht, Zulassungsbedingungen, tägl. Unterrichtszeiten, Ferien u. a.), c) des Einzelhandels und der sonstigen haushaltsbezogenen Dienstleistungen (Öffnungszeiten u. a.) und d) der Organisation des Verkehrs (Betriebszeiten des öffentlichen Verkehrs, Regelungen des Individualverkehrs, u. a.). Jede dieser Organisationen, die Aktivitätenmuster und Funktionsabläufe von Haushalten mitbestimmen, werden hinsichtlich ihrer Grundstrukturen ebenfalls wieder von komplementären Organisationen beeinflusst, so daß sich ein komplexes System gegenseitiger Abhängigkeiten ergibt, das Anpassungsleistungen erfordert (siehe etwa die Thesen von C. OFFE (1973) über die Wechselbeziehungen zwischen dem „politisch-administrativen“ und dem „wirtschaftlichen“ System).

Den mehr oder minder verbindlich festgelegten Funktionstypen sozialer Organisationen entsprechen Grundmuster der räumlichen Zuordnung von Behavior-Setting-Typen: zum Beispiel kann das Organisationsprogramm der aufeinander abgestimmten Schlüssel- und Folgerollen der Mitglieder eines Haushaltes nur dann realisiert werden, wenn der Handlungsspielraum des Wohnstandortes den Zugang zu einer bestimmten Menge von Behavior-Setting-Typen gewährleistet. Somit ergeben sich als Output dieser zweiten Stufe im Prozeß der Normenproduktion auch Grundmuster standörtlicher Handlungsspielräume (im privaten und wirtschaftlichen Bereich) als funktionale Verknüpfungen von Behavior Setting Typen.

Zum Prozeß der Normenproduktion zählen schließlich noch die von den verschiedenen staatlichen Gebietskörperschaften entwickelten räumlichen Grundkonzepte für die Bundes-, Landes-, Regional-, Stadt- und Gemeindeplanung. Hier werden durch die räumliche Verteilung und Zuordnung von Standorttypen mit bestimmten „Nutzungspotentialen“ Standortmuster entwickelt, die eine bestimmte, für soziale und wirtschaftliche Organisationen als zweckmäßig angesehene räumliche Anordnung von Behavior Setting Typen (und damit bestimmte standörtliche Handlungsspielräume bzw. eine bestimmte Siedlungsstruktur) stimulieren sollen. Beispiele solcher Grundkonzepte sind etwa „Entwicklungsachsen“ und „Entwicklungspole“, „Vorranggebiete“ und „Ergänzungsräume“, „städtische Flächenwidmungskategorien“, „Gartenstadt-Konzepte“ usw.

Die in der Phase der „Normenproduktion“ festgelegten allgemeinen, nicht unmittelbar raumgebundenen Normen sowie die Standort- und Behavior-Setting-Typen und die darauf aufbauenden Grundkonzepte und Grundstrukturen bilden den Rahmen für die in der „Aktionsphase“ ablaufenden sozialen Prozesse. Diese wurden – aus der Perspektive des einzelnen Individuums – bereits im „Modell des sozialbestimmten räumlichen Verhaltens“ dargestellt. Die Aktionsphase bezieht sich auf die gesamtgesellschaftliche Dimension.

5.2. Aktionsphase

Am Beginn einer Beobachtungsperiode bestehen erstens konkrete Pläne von Haushalten und Wirtschaftsbetrieben bezüglich der Befriedigung individueller Bedürfnisse bzw. zur Einkommenserzielung durch die Produktion von Gütern und Dienstleistungen, z. B. die Absicht zur Aufnahme neuer Schlüssel- und Folgerollen oder neuer Produktionsverfahren in Verbindung mit der Wahl von neuen Wohn- oder Betriebsstandorten (mit günstigeren standörtlichen Handlungsspielräumen), geplante Investitionen in Wohngebäude oder Betriebsanlagen usw. Die Pläne sind an bestimmten Behavior-Setting-Typen bzw. an Grundstrukturen sozialer Organisationen orientiert. Zweitens liegen konkrete Pläne der Regierenden in den verschiedenen Gebietskörperschaften (Bund, Land, Gemeinde) vor zur Entwicklung und Veränderung der Regionalstruktur, die auf den dargestellten Standorttypen und räumlichen Grundkonzepten aufbauen.

Bezüglich der Realisierung der Pläne von Haushalten und Betrieben wird in einem arbeitsteiligen Wirtschaftssystem vor allem auf den verschiedenen Märkten entschieden: aus den Verbrauchsplänen der Haushalte entsteht Nachfrage nach Produkten (einschließlich Wohnungen und Wohnstandorten), aus ihren Plänen der Einkommengewinnung ergeben sich Angebote an Produktionsfaktoren (besonders: Arbeit), aus den Produktionsplänen der Unternehmen gehen Angebote an Produkten und Dienstleistungen und Nachfrage nach Produktionsfaktoren (einschließlich Betriebsstandorte) hervor. Jeder Haushalt und jedes Unternehmen tritt somit als Anbieter und Nachfrager auf verschiedenen Marktkonfigurationen auf, deren Grenzen sich sowohl durch „Substitutionslücken“ zwischen den Güterarten als auch aus den regionalen Informations-, Interaktions- und Transportaufwänden ergeben (A. E. OTT 1959). Dabei ist zur Erfüllung der Pläne oft die hintereinandergeschaltete Partizipation an verschiedenen Märkten erforderlich. Zunächst werden auf regionalen Boden- und Wohnungsmärkten standörtliche Handlungsspielräume mit möglichst günstigen Partizipationschancen an verschiedenen Faktor- und Gütermärkten nachgefragt. Diese Märkte dienen dann als Bezugs- oder Absatzquellen für die Produktion bzw. Konsumtion von Sach- und Humankapital.

Im Rahmen ihrer Pläne zur Entwicklung und Veränderung der Regionalstruktur beeinflussen die Gebietskörperschaften den Ablauf dieser Marktprozesse und zwar durch Eingriffe in den Ablauf der Transaktionen auf den Boden- und Wohnungsmärkten sowie auch auf sonstigen Faktoren und Gütermärkten.

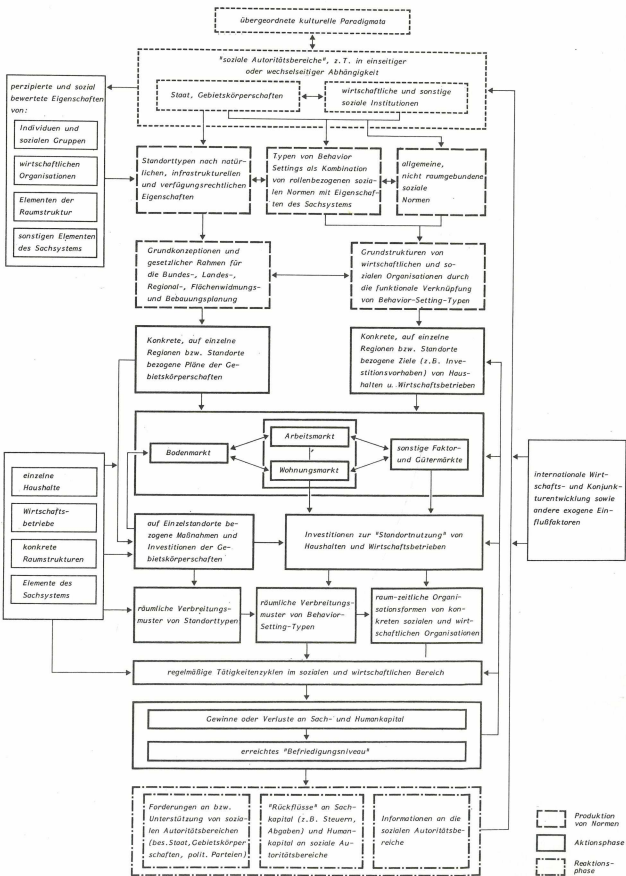


Abbildung 4: Verteilung von Lebenschancen innerhalb des Gesellschaftssystems.

Boden- und Wohnungsmärkte: Durch die Festlegung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen und den Ausbau von (zwischenstandörtlichen) Kommunikations- und Versorgungssystemen der technischen Infrastruktur wird auf den regionalen Bodenmärkten das Angebot an Grundstücken (Standorttypen), die aufgrund ihres „Nutzungspotentials“ für verschiedene Formen der Wohn- und Betriebsnutzung geeignet sind, vergrößert. Durch die kostenlose Bereitstellung von Betriebsflächen bzw. durch den sozialen Wohnbau werden die entsprechenden Märkte weitgehend umgangen.

Sonstige Faktoren und Gütermärkte: Der Ausbau von Infrastruktureinrichtungen des Bildungs- und Gesundheitswesens, im Forschungs- und Entwicklungsbereich etc. (die zum Teil als nicht an den Markt gebundene „öffentliche Güter“ beansprucht werden können) vergrößert die Marktchancen von Individuen und Wirtschaftsbetrieben. Direkte und indirekte finanzielle Transferleistungen sollen für die Kosten entschädigen, die in bestimmten Regionen durch den ungünstigen Zugang zu Faktor- und Gütermärkten entstehen usw. Neben solchen, auf bestimmte Standorte bezogenen Interventionen der Gebietskörperschaften werden die Marktprozesse auch durch die nicht unmittelbar regionsgebundenen Maßnahmen der staatlichen Wirtschafts-, Sozial- usw. -Politik beeinflusst.

Derartige Investitionen und Maßnahmen der Gebietskörperschaften vergrößern „standörtliche Nutzungspotentiale“ und induzieren Investitionen zur Standortnutzung von Haushalten und Wirtschaftsbetrieben (D. BÖKEMANN 1982), wenn diese ihre Partizipationschancen an den verschiedenen Faktor- und Gütermärkten entsprechend günstig einschätzen: somit ändern sich zunächst die bestehenden regionalen Verbreitungsmuster von Standorttypen, infolge davon auch der Besatz der Standorte mit den verschiedenen Behavior-Setting-Typen und die Strukturen und Reichweiten sozialer und wirtschaftlicher Organisationen. Schließlich spielen sich modifizierte raum-zeitliche Tätigkeitszyklen der verschiedenen sozialen Rollen ein. Sie bleiben meist für einen bestimmten Zeitraum konstant, in dem Haushalte und Wirtschaftsbetriebe bestrebt sind, ihre individuellen Pläne durch die Produktion und Konsumtion von Sach- und Humankapital bzw. durch den Tausch auf verschiedenen Faktor- und Gütermärkten zu realisieren. Gelingt es nicht, das angestrebte „Befriedigungsniveau“ zu erreichen, so kann dies unter Änderung des Marktverhaltens, der standörtlichen Investitionstätigkeit bzw. der Ausübung anderer sozialer Rollen erneut versucht werden. Nach mehreren gescheiterten Versuchen müssen die Ziele modifiziert bzw. das Anspruchsniveau gesenkt werden.

Mißerfolge bezüglich der Realisierung von Plänen der Haushalte und Wirtschaftsbetriebe sind oft auf Barrierensysteme zurückzuführen, die sich auf mehrere „komplementäre“ Märkte erstrecken. Zum Beispiel kommt im sozialen Bereich der Verkettung von segmentierten Wohnungs- und Arbeitsmärkten entscheidende Bedeutung zu (G. WESTPHAL 1979):

Soziale Gruppen mit geringer Verfügbarkeit an Humankapital (berufliche Fertigkeiten) und dementsprechend geringen Ressourcen an Sachkapital sind gezwungen, ein Wohnungsangebot aus den „unteren Segmenten“ des Wohnungsmarktes zu akzeptieren. Der standörtliche Handlungsspielraum solcher Wohnungen bietet vorwiegend nur Partizipationschancen in den „unteren Segmenten“ des Arbeitsmarktes, die durch schlecht bezahlte, un stabile Beschäftigungsmöglichkeiten in konjunktur- und saisonabhängigen Branchen gekennzeichnet sind. Die Fixierung auf diese Segmente des Arbeitsmarktes verhindert eine entsprechende Einkommensbildung und damit den Wechsel auf Wohnstandorte, die bessere Partizipationschancen an höherwertigen Arbeitsplätzen bzw. an Ausbildungseinrichtungen bieten. Somit ergänzen einander Barrierensysteme innerhalb der Wohnungs- und Arbeitsmärkte und verstärken sich wechselseitig, sie steuern die Wachstums- und Verfallsprozesse der wesentlichen „persönlichen“ Ressourcen der Bevölkerung einer Region.

Im wirtschaftlichen Bereich entscheidet die Konkurrenz auf dem Boden-(Standort-)Markt

über die Chancen zur Partizipation an regionalen Faktor- und Gütermärkten. Zum Beispiel können nur mit dem Erwerb eines Betriebsstandortes in größeren Agglomerationen sog. „Urbanisationsvorteile“ genutzt werden, wie etwa ein besonders vielfältiges Angebot an qualifizierten Arbeitskräften der „oberen Segmente“ des Arbeitsmarktes, Zugang zu den Märkten, auf denen Informationen und Innovationen gehandelt werden, günstige Absatzbedingungen etc. Die beschränkte Verfügbarkeit solcher Betriebsstandorte führt zu kumulativen regionalen Wachstums- bzw. Verfallsprozessen, wobei zumeist das Wachstum oder der Verfall im Bereich der Wirtschaft (etwa schrumpfende Arbeitsmärkte, siehe oben) entsprechende Entwicklungen im sozialen Bereich initiieren (etwa den Verfall von Fertigkeiten und Qualifikationen), die dann ihrerseits wieder auf den Verlauf der Wirtschaftsentwicklung Einfluß nehmen.

5.3. Reaktionsphase

Als Output der in der Aktionsphase dargestellten sozialen und wirtschaftlichen Prozesse ergeben sich verschiedene Arten von „Rückflüssen“ an die sozialen Autoritätsbereiche, insbesondere an die Gebietskörperschaften des Staates, von denen die Aufrechterhaltung bestehender Herrschaftsverhältnisse wesentlich abhängt:

Es handelt sich dabei einmal um Rückflüsse an Sachkapital in Form von Steuern, Gebühren und Abgaben; sie legen den zukünftigen Handlungsspielraum, etwa bezüglich der geplanten Investitionen in Einrichtungen der technischen und sozialen Infrastruktur fest (D. BÖKEMANN, 1982). Ihr Umfang entspricht dem in der vorhergehenden Aktionsphase erzielten ökonomischen Wachstum.

Rückflüsse an „Humankapital“ sind Forderungen an die sozialen Autoritätsbereiche bzw. das ihnen entgegengebrachte Ausmaß an Unterstützung und Loyalität (D. EASTON 1965). Sie bestimmen die Handlungsspielräume der Autoritätsbereiche bezüglich der Durchsetzung bestehender und der Festlegung zukünftiger sozialer Normen; ihr Umfang entspricht dem Ausmaß, in dem in der vorhergehenden Aktionsphase die Befriedigungsniveaus der Haushalte bzw. die Produktionsziele der Wirtschaftsbetriebe erreicht oder verfehlt wurden.

Schließlich bilden Informationen über den Zustand des „sozialen und wirtschaftlichen Systems“ eine weitere wesentliche Rückflußkategorie an die Autoritätsbereiche. Ihre Verfügbarkeit ermöglicht den Autoritätsbereichen rechtzeitige Interventionen in Marktprozesse, durch die bestimmte Gruppen der Bevölkerung und der Wirtschaft benachteiligt werden.

Nach den Erkenntnissen der „ökonomischen Theorie der Politik und der Bürokratie“ (B. BARRY 1975; P. DOWNS 1967; B. FREY 1977 u. a.) benutzen regierende Politiker die Bürokratie ihrer Gebietskörperschaften – in ähnlicher Weise wie Unternehmer ihren Betrieb – zur Maximierung ihres persönlichen Nutzens. Es ist anzunehmen, daß auch die Entscheidungsträger in den sonstigen (nichtwirtschaftlichen) Autoritätsbereichen weitgehend ähnlich agieren. Somit kommt den auf die Regionalstruktur bezogenen Zielen von Autoritätsbereichen, wie Wachstum des Regionalprodukts, soziale Gerechtigkeit, konjunkturelle Sicherheit u. a., ein eher instrumenteller Charakter zu. Unter ihrer Vorgabe versuchen die Entscheidungsträger (besonders Politiker) ihre Machtmittel – finanzielle Ressourcen (Rückflüsse an Steuern, Gebühren und Abgaben) sowie Ressourcen an Humankapital (Rückflüsse an Loyalität) – so einzusetzen, daß sie vor allem zur zukünftigen Absicherung und Verbesserung ihrer persönlichen Positionen in den verschiedenen Autoritätsbereichen beitragen (D. BÖKEMANN, 1982).

In diesem Sinne werden (in einer neuen Phase der „Normenproduktion“) „Vertrauensvorschüsse“ aus der vorhergehenden Reaktionsphase dazu verwendet, um allgemeine und raumbundene (Behavior-Setting-Typen) soziale Normen, Grundstrukturen sozialer Organisationen u. a. derart zu modifizieren, daß einerseits den Bedürfnissen derjenigen sozialen Gruppen

entsprochen wird, von denen zukünftig die wesentlichen „Loyalitäts-Transfers“ erwartet werden, andererseits aber die eigenen Handlungsspielräume zur künftigen Ausübung von Herrschaft zumindest erhalten bleiben.

Ähnliche Prinzipien gelten auch für die „Reinvestitionen“ der Rückflüsse an Sachkapital in der folgenden Aktionsphase. Nach D. BÖKEMANN (1982) müssen dabei im politischen Bereich zwei grundlegende Strategien der Regionalentwicklung aufeinander abgestimmt werden:

Eine vor allem auf wirtschaftliches Wachstum bezogene „Exklusivitätsstrategie“ konzentriert sich auf relativ wenige Standorte, deren Aufwertung, etwa durch den Ausbau der Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur, eine optimale privatwirtschaftliche Verwertung der öffentlichen Investitionen gewährleistet. Für die Gebietskörperschaften ergeben sich als Erlös ihrer Investitionstätigkeit zunehmende Budgetrückflüsse, die ein größeres zukünftiges Investitionspotential ermöglichen. Allerdings verursacht eine solche „Exklusivitätsstrategie“ auf den von ihr nicht betroffenen Standorten kumulative Verfallsprozesse von Sach- und Humankapital und entzieht daher den Politikern die Loyalität der betroffenen Wähler. Sie ist daher mit einer entsprechenden „Nivellierungsstrategie“ zu kombinieren, die dafür sorgt, daß die Handlungsspielräume benachteiligter Standorte wenigstens im notwendigen Mindestausmaß aufgewertet werden.

Beim Versagen der dargestellten Steuerungsmechanismen können besondere Legitimationsdefizite und/oder Forderungsüberschüsse auftreten (D. EASTON 1965), die den Bestand der gegebenen Herrschaftsverhältnisse gefährden. Ursachen eines solchen Versagens sind vor allem unzureichende Informationsflüsse an die Autoritätsbereiche über die sozialen und wirtschaftlichen Prozesse der Aktionsphase, falsche Einschätzung des Wirkungsgrades von Instrumenten, besonders bezüglich der Steuerung des Marktes, exogene Einflußfaktoren, wie zum Beispiel die internationale Wirtschafts- und Konjunkturentwicklung, u. a.

Die Gefahr des Auftretens solcher „Legitimationskrisen“ (J. HABERMAS 1973) ist besonders dann gegeben, wenn nach einer längeren Periode des ökonomischen Wachstums, innerhalb der sich die Anspruchsniveaus der Mitglieder eines Gesellschaftssystems ständig erhöht haben, die Autoritätsbereiche (etwa infolge einer wirtschaftlichen Rezession) plötzlich nicht mehr in der Lage sind, die Voraussetzungen hinsichtlich der Erfüllung bestehender Zielvorstellungen im privaten und wirtschaftlichen Bereich zu gewährleisten. Dies führt zur Entstehung von „Belohnungslücken“ für geleistete Loyalitäts-Transfers, da sich die Anspruchsniveaus nur mit größerer Verzögerung an geänderte soziale und wirtschaftliche Chancenverteilungen anpassen. In solchen Situationen können innerhalb der Autoritätsbereiche Gruppen an Unterstützung gewinnen, die mit dem Versprechen aufwarten, das „Belohnungsniveau“ erneut zu heben. Ein derartiger Wechsel der Herrschaftsverhältnisse – u. U. auch verbunden mit einem Austausch von übergeordneten kulturellen Paradigmata (Ideologien) – führt oft zu einschneidenden Veränderungen der sozialen Normen, der Grundkonzepte für die Regionalstruktur, im Aufbau von sozialen Organisationen und letztlich zum Wandel in der regionalen und gesellschaftlichen Verteilung von Lebenschancen. In der folgenden „Aktionsphase“ zeigt es sich dann, inwieweit diese geänderte Chancenstruktur den Bedürfnissen wesentlicher sozialer Gruppen genügt. Die entsprechende Zustimmung oder Ablehnung der modifizierten Strategien wird dann in der nächsten „Reaktionsphase“ zum Ausdruck gebracht.

6. EMPIRISCHE FORSCHUNGSFELDER

Mit den beiden hier in ihren Grundzügen dargestellten theoretischen Ansätzen, dem „Modell des sozialbestimmten räumlichen Verhaltens“ und dem „Modell der gesellschaftlichen Prozesse zur Verteilung von Lebenschancen“ sollen – in sehr generalisierter Form und im Bewußtsein

zahlreicher Theoriedefizite – wesentliche Aussagen aus den verschiedenen Bereichen der Sozialwissenschaft kombiniert und integriert, vor allem aber so transformiert werden, daß auch räumliche Einflußfaktoren zum Tragen kommen. Es soll weiters gezeigt werden, daß eine entsprechend orientierte Geographie in der Lage ist, wesentliche Beiträge zu solchen interdisziplinären Verhaltenstheorien zu leisten.

Darüber hinaus können auf den beiden theoretischen Modellen verschiedene empirische Forschungsfelder aufbauen, die in der Geographie derzeit noch wenig bearbeitet werden. Einige davon werden hier abschließend als exemplarische Beispiele kurz angesprochen:

1. Im Rahmen dieser Arbeit wurde bereits das Problem des empirischen Messens der durch die Elemente des Natur- und des Kulturraumes vermittelten regionalen Lebenschancen angesprochen. Es wird hier die Ansicht vertreten, daß es sich dabei eigentlich um ein zentrales Forschungsanliegen der Geographie handeln müßte, und zwar nicht nur der Kultur- und Sozialgeographie, sondern auch der naturwissenschaftlich orientierten Geoökologie.

2. Standörtliche Handlungsspielräume, etwa abgebildet durch Partizipations- und Nutzungschancen verschiedener Behavior-Setting-Typen, beziehen sich auf den „objektiven sozialen Raum“, während das individuelle Verhalten eigentlich vom wahrgenommenen „subjektiven Raum“ abhängt. Zur Erfassung solcher Wahrnehmungsprozesse von regionalen Partizipations- und Nutzungschancen dürften die derzeitigen Ansätze (mental maps u. a.) der „Perzeptionsgeographie“ weniger geeignet sein (siehe etwa die Kritik von F. E. BUNTING und L. GUELKE 1979). Vielmehr sollten sich aus der Gegenüberstellung konkreter objektiver Chancenverteilungen mit dem beobachteten (und hinsichtlich der Motivationsstrukturen hinterfragten) Verhalten von Personen, die solche Chancen in bestimmten Lebenssituationen „auffinden“ und realisieren müssen (etwa bei der Suche nach einem Arbeitsplatz), weiterführende Aufschlüsse ergeben.

3. In diesem Zusammenhang ist auf ein verwandtes – ebenfalls zu wenig bearbeitetes – Forschungsfeld zu verweisen: die Analyse regionaler Märkte. Während die Wirtschaftswissenschaft unter dem Begriff „Markt“ zumeist nur die „gedankliche Zusammenfassung aller Kauf- und Verkaufshandlungen in bezug auf individuelle Sachgüter und Dienstleistungen“ (G. GUTMANN 1982) versteht, handelt es sich in der Realität um komplexe räumliche Informations- und Kontaktfelder, deren Grenzen für jeden Standort und für jeden Anbieter bzw. Nachfrager anders verlaufen und über deren Grundstrukturen verhältnismäßig wenig bekannt ist.

4. Neben diesen Problemen des Messens von standörtlichen Handlungsspielräumen sollte die Analyse der Disparitäten in der Verteilung von Partizipations- und Nutzungschancen, die zwischen verschiedenen Regionen und verschiedenen sozialen Gruppen bestehen, ein wichtiger Aspekt einer „humanistisch“ orientierten Geographie sein. Zum Beispiel könnte untersucht werden, in welchem Ausmaß bestimmte soziale Gruppen in den Behavior Settings ihrer standörtlichen Handlungsspielräume nicht nur passiv nachvollziehende Gehorsamsleistungen zu erbringen haben, sondern inwieweit sie gleichzeitig auch dazu in der Lage sind, ihre Gesellschaft und Umwelt durch produktive und kreative Tätigkeiten selbst zu bestimmen und zu verändern. Methodische Anregungen für solche empirischen Ansätze können etwa der Arbeit von R. BARKER (1968) entnommen werden.

5. Trotz der damit verbundenen Schwierigkeiten bezüglich der Datenbeschaffung bildet die empirische Erfassung der im theoretischen „Modell des sozialbestimmten räumlichen Verhaltens“ dargestellten kumulativen Wachstums- und Verfallsprozesse von Sach- und Humankapital ein wichtiges Forschungsanliegen, in dessen Rahmen etwa die Fragestellung zu verfolgen ist, wie der Verfall der persönlichen Ressourcen (Gesundheit, persönliche Fertigkeiten, Werthaltungen u. a.) von Slumbewohnern durch den Verfall ihrer städtischen Umwelt gesteuert und beeinflußt wird.

6. Schließlich sollte auch den räumlichen und sozialen Konsequenzen der Herrschaftsaus-

übung von Autoritätsbereichen im Rahmen kulturgeographischer Arbeiten mehr Beachtung geschenkt werden. Zum Beispiel könnte sich der soziologische „Community-Power-Ansatz“, der sich mit der Analyse von innergemeindlichen Machtstrukturen befaßt, auch für die Geographie als fruchtbar erweisen, wenn etwa zusätzlich auch die Strategien der lokalen Eliten bezüglich der Gestaltung und der (exklusiven) Nutzung von standörtlichen Handlungsspielräumen berücksichtigt werden.

Es bleibt zu hoffen, daß wenigstens einige dieser Forschungsfelder zukünftig in der Geographie an Bedeutung gewinnen.

LITERATURVERZEICHNIS

- BARKER, R. (1968): *Ecological psychology: Concepts and methods for studying the environment of human behavior*. Stanford.
- BARRY, B. (1975): *Neue Politische Ökonomie, ökonomische und soziologische Demokratietheorie*. Frankfurt.
- BOBEK, H. (1957): *Gedanken über das logische System der Geographie*. In: *Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft*, Bd. 99, Wien S. 122–145.
- BÖKEMANN, D. (1982): *Theorie der Raumplanung*. Frankfurt, München.
- CAROL, H. (1946): *Die Wirtschaftslandschaft und ihre kartographische Darstellung. Ein methodischer Versuch*. In: *Geographica Helvetica*, H. 2, Zürich, S. 246–279.
- (1963): *Zur Theorie der Geographie*. In: *Mitteilungen der Österr. Geogr. Gesellschaft*, H. VIII, Wien S. 23–38.
- DAHRENDORF, R. (1955): *Struktur und Funktion. Talcott Parsons und die Entwicklung der soziologischen Theorie*. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie*, 7. Jg., Köln, S. 491–519.
- DOWNS, P. (1967): *Inside Bureaucracy*. Boston.
- EASTON, D. (1965): *A Systems Analysis of Political Life*. New York, London.
- FICHTINGER, J. H. (1970): *Städte als Utopia, Arbeiten zur Theorie und Methode der Soziologie*, München.
- FREY, B. (1977): *Moderne politische Ökonomie*. München.
- GUTMANN, G. (1980): *Marktwirtschaft*. In: ALBERS, W. u. a. (Hrsg.): *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften*, Band 5, Stuttgart, S. 140–153.
- HABERMAS, J. (1973): *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt.
- HÄGERSTRAND, T. (1973): *Der Einfluß des Verkehrs auf die Lebensqualität, Bericht von dem 5. Internationalen Symposium über die Theorie und Praxis der Verkehrswirtschaft („Der Verkehr im Jahrzehnt 1980–1990“) der Europäischen Verkehrsministerkonferenz, Athen 23.–25. Oktober 1973*.
- HÄGERSTRAND, T. (1975): *Time, Space and Human Conditions*. In: KARLQUIST, A., LUNDQUIST, I. L., SNICKARS, F. (Hrsg.): *Dynamic Allocation of Urban Space*. Farnborough.
- HARVEY, D. (1970): *Social processes and spatial form: An analysis of the conceptual problems of urban planning*. In: *Papers of the Regional Science Association* 25.
- JOAS, H. (1978): *Die gegenwärtige Lage der soziologischen Rollentheorie*. Wiesbaden.
- LANCASTER, K. H. (1971): *Consumer Demand*. New York.
- MANSLOW, A. H. (1970): *Motivation and personality*. 2. Auflage, New York.
- MEAD, G. H. (1968): *Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus*. Frankfurt.
- MERTON, R. K. (1957): *Social Theory and Social Structure, Towards the Codification of Theory and Research*. Glencoe.
- OFFE, C. (1973): *Krise und Krisenmanagement*. In: JANICKE, M. (Hrsg.), *Herrschaft und Krise*, Opladen.
- OTT, A. E. (1959): *Marktform und Verhaltensweisen*. Stuttgart.
- PALME, G., STEINBACH, J. (1978): *Planungsregionen nach den Ergebnissen eines Modells der regionalen Lebensqualität*. In: *Berichte zur Raumforschung und Raumplanung*, Heft 2/3, Wien, S. 17–33.
- PARKES, P., THRIFT, N. (1978): *Putting Time in its Place*. In: CARLSTEIN, T., PARKES, D., THRIFT, N. (eds.): *Timing Space and Spacing Time*, Vol. 1. S. 119–129.
- PARSONS, T. (1951): *The Social System*, New York, London.
- RUPPERT, K., SCHAFFER, F. (1969): *Zur Konzeption der Sozialgeographie*. In: *Geographische Rundschau*, Heft 21, Braunschweig, S. 205–214.
- SCHMITHÜSEN, J. (1959): *Das System der geographischen Wissenschaft*. In: *Berichte zur Deutschen Landeskunde* 23, S. 1–14.
- SCHULTE-ALTEDORNEBURG, M. (1977): *Rollentheorie als Soziologie der Herrschaft*. Frankfurt, New York.
- SINGER, G. (1976): *Person, Kommunikation und soziales System, Paradigmata soziologischer Theoriebildung*. Wien, Köln, Graz.
- STEINBACH, J. (1980a): *Theoretische und methodische Grundlagen für ein Modell des sozialbestimmten räumlichen Verhaltens*. *Wiener Beiträge zur Regionalwissenschaft*, Band 3.
- (1980b): *Bewertung und Simulation der regionalen Verkehrserschlossenheit*. In: *Beiträge zur Regionalforschung*, Band 2, Wien.
- (1983): *Verkehrsbestimmte Lebensqualität in Kärnten*. In: HALBMAYER, K., GÜRTLICH, G. H. (Hrsg.), *Verkehr und Standortqualität, ÖGV-Spezial*, Band 4, Wien, S. 200–217.
- STOKES, C. J. (1962): *A Theory of Slums*. In: *Land Economics*, 38.
- WEBER, M. (1956): *Wirtschaft und Gesellschaft*. Köln, Berlin.
- WENDT, B. (1978): *Geografie – Gegenstand und Methode*, Freiburg, Würzburg.
- WESTPHAL, G. (1979): *Wachstum und Verfall der Städte, Ansätze einer Theorie der Stadtsanierung*. Frankfurt.
- WIRTH, E. (1979): *Theoretische Geographie*. Stuttgart.

S u m m a r y

Impacts of the Spatial and Social Environment on Individual Behavior – Some Contributions of Social Geography to the Theory of Human Action

The scope of this paper is to introduce a new basic concept into present human geography. This theoretical framework consists of geographical "elements", which refer to spatial constraints of behavior, but it also includes hypotheses which are generated by the integration of different positions in other social sciences.

The first model describes "scopes of options" („Handlungsspielräume") of individuals, which are influenced by spatial and social constraints. "Scopes of options" can be defined by the opportunities – given at a distinct residential location – to participate in various "behavior settings" of the residential environment in order to perform the activity-patterns of different social roles. They depend on the accessibility of the "behavior settings", the necessary expenditures of material capital (for example: money) or human capital (for example: "personal energy"), the number of competitors etc. These opportunities of participation not only define the present scope of options offered to an individual by a distinct residential location, but also the chances of social advancement in his further life (if the individual decides to stay here).

Therefore the resident location (or it's scope of options) is an important fixed input-factor to the activities in a period of one's life cycle. Other important input-factors are personal resources of material capital (e. g. the availability of a car) and human capital (e. g. the availability of professional skills). The model shows how the scope of options of the resident location and the availability of personal resources are affecting the life prospects and the individual careers, which are explained as "cumulative processes" regulated by re- and net-investments of material and human capital.

The second model refers to the social, political and economic processes which cause the distribution of "life chances" (or of residential locations with certain scopes of options) to different social groups.

Résumé

Le travail présent contient en premier lieu quelques réflexions sur une «théorie générale du comportement spatial» qui, peut-être, peuvent être étendues pour fournir une approche de base en géographie démographique et sociale. Nous partons de l'idée que les influences des conditions spatiales et temporelles déterminant ce comportement ne sont pas analysables sans considérer les déterminants psychologiques, sociales, économiques etc.; il faut donc une approche pluridisciplinaire fondée sur les différentes sciences sociales.

Dans le cadre d'une telle «tentative d'intégration», nous allons en premier lieu combiner des éléments de la théorie sociologique des rôles, de la théorie psychologique ou encore socio-psychologique des besoins et de la théorie économique du capital humain avec des approches géographiques, en particulier du domaine de la géographie de l'espace et du temps et de la tradition socio-géographique dans le sens de H. BOBEK pour arriver finalement à un «modèle du comportement spatial déterminé par des facteurs sociaux».

L'intérêt de la deuxième partie de ce travail est centré sur les procédés sociaux qui contribuent à la constitution de conditions vitales et des influences desquels dépendent largement les conditions marginales du comportement d'individus et de groupes sociaux.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical
Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitteilungen der Österreichischen
Geographischen Gesellschaft](#)

Jahr/Year: 1984

Band/Volume: [126](#)

Autor(en)/Author(s): Steinbach Josef

Artikel/Article: [Einflüsse der räumlichen und sozialen Umwelt auf das individuelle Verhalten - Beiträge der Sozialgeographie zur Theorie des menschlichen Handelns 12-28](#)